

Arbeiterstimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostschlesien

1. Jahrgang Freitag, 17. April 1925 Nummer 13

Die Freidenker gegen den Zentrums pfaffen

Ein Rundschreiben der Bundesleitung Die Freidenker wählen Thälmann

Der Hauptvorstand der Freidenker hat an die Ortsgruppen der Freidenkerorganisation ein Rundschreiben gerichtet, in dem er auffordert, keine Stimme dem Zentrumsmann Marx zu geben.

Ein günstiger Wind weht uns das Rundschreiben auf den Tisch. Wir bringen dasselbe hiermit unseren Lesern zur Kenntnis.

Rundschreiben

an die Ortsgruppen, Bezirks- und Landesgebietsvorstände der Gemeinschaft proletarischer Freidenker!

Leipzig, April 1925.

Werte Genossen!

Am 26. April findet die endgültige Wahl des Reichspräsidenten statt. Der Posten des obersten Repräsentanten der deutschen Republik wird bei dieser Wahl auf sieben lange Jahre besetzt werden. Wenn auch dem Reichspräsidenten nicht wie ehemals dem Monarchen unbeschränkte Befugnisse zustehen, so ist doch der Einfluß dieses Amtes auf das kulturelle Leben der Republik immerhin ein außerordentlich großer. Der Reichspräsident kann auf Grund des § 48 der Reichsverfassung eine ganze Reihe Grundrechte der Staatsbürger, u. a. auch die Freiheit der Person und die persönliche Meinungs- und Redefreiheit außer Kraft setzen. Obwohl in der Regel die Amtsführung des Reichspräsidenten die Widerspiegelung der Tendenz der jeweils am Ruder befindlichen ökonomischen und politischen Mächte sein wird, kann andererseits immerhin, wenn das Amt des Reichspräsidenten mit einem Mann von lauterer, sozialer und linksrepublikanischer Gesinnung besetzt ist, durch ihn der zügel- und schrankenlosen Herrschaft der wirtschaftlichen und politischen Reaktion ein behärdeter Damm gesetzt werden. In der gegenwärtigen Periode der heftigsten Reaktion auf allen Gebieten, insbesondere auf dem kulturpolitischen Gebiet, kommt alles darauf an, welche Garantie der zu wählende Reichspräsident gegen eine weitere wirtschaftliche, politische und kulturelle Verklammerung der proletarischen Massen der deutschen Republik geben kann. Es handelt sich für uns als Gemeinschaft proletarischer Freidenker nicht nur um die Frage: Monarchie oder Republik, sondern auch in erster Linie darum, ob der zu wählende Reichspräsident geeignet oder gewillt ist, unter allen Umständen nicht nur die Form der Republik, sondern auch mindestens die in ihrer Grundlage, der Reichsverfassung, niedergelegten heiligen Grundrechte des Volkes, insbesondere Gewissensfreiheit, Redefreiheit, Lehrfreiheit, Rechtsgleichheit, Versammlungsfreiheit und Weltlichkeit in der Schule zu bewahren und ausbauen zu helfen, und alle Veruche, den sozialen Charakter der Verfassung weiter zu verschlechtern oder illusorisch zu machen, abzuwehren, nötigenfalls unter Aufruf aller jener großen Massen der deutschen republikanischen Bevölkerung, die allein letzten Endes auch den Ausschlag bei der endgültigen Entscheidung der Frage: Monarchie oder Republik? geben können und werden. Eine solche Garantie im Sinne unserer Ausführungen kann uns niemals von einem Kandidaten auf das Amt des Reichspräsidenten geboten werden, der einer bürgerlichen Partei angehört, die rechts von der demokratischen Partei liegt und ausschließlich die wirtschaftlichen, politischen oder kulturpolitischen Belange der herrschenden Klasse, oder auch alle diese zusammen, wahrzunehmen hat. Von diesem Grundjah ausgehend, haben wir sofort nach dem ersten Wahlgang, der keine Entscheidung brachte, den Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei brieflich dringend gebeten, für den zweiten Wahlgang an der Kan-

didatur Braun festzuhalten oder wenigstens sie nicht zugunsten eines Zentrumskandidaten zurückzusetzen. Wir haben dem Parteivorstand der Sozialdemokratie rechtzeitig mitgeteilt,

daß eine Stimmabgabe der Anhänger der Freidenkerbewegung zugunsten eines Zentrumsmannes unter keinen Umständen in Frage kommen kann.

Die Antwort des Parteivorstandes der Sozialdemokratie erklärte, daß die zuständige Instanz der Partei bei der Entscheidung über die Frage der Kandidatur die von uns gemachten Mitteilungen in entsprechende Würdigung ziehen würden. Nachdem die Entscheidung der Sozialdemokratie trotz unserer dringenden Vorstellungen die Zustimmung der Kandidatur Braun und die Zustimmung zur Sammelkandidatur Marx gebracht hat, erklären wir hiermit, daß für die Mitglieder der Gemeinschaft proletarischer Freidenker eine Stimmabgabe zugunsten des Zentrumsmannes unvereinbar

ist mit der Tradition und den Grundfahen unserer Bewegung und

daher nicht in Frage kommen kann.

Eine Republik, deren kulturelles Leben ausgefüllt und bestimmt wird von den von Wilhelm Marx geführten inneren kirchlichen Mächten des Mittelalters und die wirtschaftlich und politisch geleitet wird von den ebenfalls Wilhelm Marx habescheidenden und seine Herrschaft kühnenden hochkapitalistischen Kreisen, ist für uns proletarische Freidenker ebenso wenig erträglich, wie die Monarchie. Mit der Bitte, sie an die gesamte Mitgliedschaft weiterzugeben, richten wir an alle Instanzen der Gemeinschaft die Parole:

Keine Stimme dem Zentrumskandidaten Marx!

Die Verantwortung für diese Parole und ihre nach sich ziehenden Folgen der Verlust Hunderttausender von Stimmen für eine republikanische Kandidatur, überlassen wir jenen, die in unseliger Verblendung um ein Linksgericht den letzten Stützpunkt einer freien Entwicklung der Republik ihrem gefährlichen und rücksichtslosen Gegner ausgeliefert haben.

Freiheit!

Gemeinschaft proletarischer Freidenker Hauptvorstand.

Die Freidenker werden nicht den Vertreter der Kulturreaktion wählen. Marx war es, der im Reich am härtesten die Auffassung verteil, daß die Einführung des Konföderats in Bayern nicht gegen die Verfassung verstohe. Er drückte auch seine Meinung durch, es wird dem Kampf der Kirche um die vollständige Herrschaft über die Schule im ganzen Reich und in den weitesten Kreisen unterstützen.

Der Hauptvorstand der Freidenker hat deswegen gegen den Zentrumskandidaten Stellung genommen. Der Mut zur Konsequenz hat aber auch dem Hauptvorstand noch gefehlt. Er fordert zwar auf, seine Stimme für Marx. Er fordert nicht Stimmhaltung. Aber er hatte auch nicht die Konsequenz, aufzufordern für Thälmann. Nun, die Freidenker werden von der Wahl nicht fernbleiben, Hindenburg werden sie nicht wählen. Die Freidenker dürfen nicht verzögert zu Hause bleiben. Wer zu Hause bleibt, hilft der Reaktion. Verlangt, daß sofort in allen Ortsgruppen Stellung genommen wird. Jede Gruppe muß sich noch vor der Wahl mit dem Rundschreiben beschäftigen.

Die Freidenker wählen Thälmann!

sprach von der Neuorganisation der Wirtschaft. Was darunter zu verstehen ist, sagte Neuhaus vor dem Ausschuh des Reichstages: mehr Ausbeutung. Dann kam die allgemeine Rederei von Verjöhnung auf das Programm der Schwerindustrie.

SPD.-Abgeordnete zur SPD. übergetreten

Düsseldorf, 17. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die Abgeordnete des rheinischen Provinzial-Landtages Helene Ott ist von der SPD. zur SPD. übergetreten.

Ein neuer Attentatsversuch gegen Krasin

Paris, 17. April. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern konnte erneut ein Attentat auf Krasin vereitelt werden. Vor der zünftigen Bottschaft wurde ein Russe namens Krenshat verhaftet, der mehrere Photographien Krasins und einen Revolver bei sich hatte. Der Verhaftete verzweigte jede Auskunft.

Nach dem Sturze Herriots

War es ein Zeichen ideologischer Naivität, als Herriot das von Clement niedergelegte Portefeuille des Finanzministers dem Führer der international vertrusteten Industrie-gruppe Loucheur übertrug? Hatte er wirklich übersehen, daß der Stoß auf sein Kabinett gerade von dieser Seite her kam? Die „Humanite“ bemerkt ganz richtig, Herriot fiel „unter den Schlägen der schmutzigen Reaktion“, unter den Schlägen von Marjal, Millerand, Poincare, der Männer von der Schwerindustrie, (comite des forges), der Advokaten und Agenten der Banken und der Finanz.

Herriots beste Entschuldigung auf die Anklage der ungeschicklichen Inflation war: „Ich tat nur, was meine Vorgänger auch taten.“ Worauf seine Feinde erwiderten: Warum habt ihr uns die Regierung entwunden, uns gestürzt im Mai, wenn ihr doch daselbe tut wie wir?“

Wenn zwei daselbe tun, ist es aber bekanntlich nicht daselbe. Die Inflation Gefahr war nur der Nebel, mit dem die Schwerindustrie, wahrscheinlich mit wohlwollender Unterstützung amerikanischer Finanzgruppen die Regierung Herriot aus den Angeln hob.

Zwar milt die linksbürgerliche „Ere nouvelle“ eine sehr kurzweilige, sehr wenig realpolitische ideologische Selbsttäuschung, trotzdem sei das Karstell Herr über die Legislatur“, also der Linksblod sei trotz des Sturzes Herriots nach wie vor Herr der Situation. Das Blatt schreibt sogar: „Ein Konzentrationsministerium“ — in Deutschland würde es Kabinett der „Volksgemeinschaft“ heißen — „könnte keine vierundzwanzig Stunden leben“. Dies mag noch richtig sein, einfach gemessen an den Stimmverhältnissen der parlamentarischen Fraktionen; in der brutalen, außerparlamentarischen Wirklichkeit, die nun dem heutigen Parlament nicht mehr genau wiedergespiegelt wird, ist das Kräfteverhältnis ein anderes: die Hera des „Linksblodes“ ist unüberwindlich vorbel, abgetan. Die „Humanite“ bemerkt sehr richtig, daß sich noch einmal mehr die Formel des „demokratischen Faschismus“ als eitles Geschwätz erwiesen habe. Statt wirkliche tragische Maßnahmen für die Volkswirtschaft zu treffen, habe der „Linksblod“ seine Kraft erschöpft mit unfruchtbaren Reden, mit Feteuerungen seines rein geschlichen Vorgehens und mit ohnmächtigen Phrasen.

„Und jetzt überrennt der Senat, dieser Hilstrupp der Banken und der Großindustrie, das „radikale“ und „sozialistische“ Ministerium. Die weiße, härteste Reaktion regte, das ist der Trumpf des brutalen nackten Faschismus. Der Senat, der das allgemeine Stimmrecht beseitigen will, eine Bande von rücksichtslosen Krautpunkten im Verein mit den Großbankiten der Banken und der Industrie, will das Wahlrecht abändern. Und wieder kommt die „linke“ Träumerie des „Ere nouvelle“: „Auch nach der Demission Herriots bleibt die Lage verpörrten und schmerzhaft.“ stellt sie bekommen fest. Aber sie appelliert an die Loyalität des Präsidenten der Republik, die die Konstitution und die Mehrheit vom 11. Mai doch schon werde vor dem reaktionären Senat.

Es ist nicht uninteressant, einige Parallelen zu ziehen zwischen der Entwicklung in Deutschland und Frankreich. Genauer zugehen, macht hier wie dort die proletarische Revolution, die aufstrebende Macht und die Bourgeoisie, zum Absterben verurteilte Klassenherrschaft, grundsätzlich die nämlichen losgelassen ontogenetischen Stadien durch, das heißt, hier wie dort geht der eine wie der andere Prozeß, die Embryologie der Revolution und die Agonie der Bourgeoisie, nach denselben marginalen Grundfahen vor sich.

Die französische Bourgeoisie hat so wenig Verdruhen in die Zukunft ihrer Klasse und ihres Landes, daß sie 20 Prozent ihrer Exporterlöse in fremden Devisen anlegt; der Franken sinkt, obwohl die Außenhandelsbilanz aktiv ist.

Herriot, der Mann der kleinen Rentner im Lande der kleinen Rentner, hatte die Verbindungen mit Ausland wiedereingekommen. Dies hätte vielleicht gegen entsprechende ökonomische Zustände zur teilweisen Entscheidung der durch den Bankrott des Jazismus geschädigten Kleinrentner geführt; jedenfalls knüpften sich in Frankreich an die Ankerlegung der Komptregierung die buntesten, zum Teil ganz ungerechtfertigten Illusionen des kleinen Mannes.

Die Fixbustler der Hochfinanz, der Banken und der längst international verankerten Großindustrie wollen aber sich doch nicht das relativ spielend leichte „Bombengeschäft“ der Inflation entgehen lassen. Hier also war schon — so paradox es klingt — Herriot, der wegen der „Inflation“ kürzte, ein Hindernis; er konnte nicht gegen die wirtschaftlichen Interessen seiner „kleinen“ Wähler handeln.

Diese Gebundenheit hinderte Herriot auch nach der Völkerverbundstzung in Genf im Herbst, weit genug nach rechts zu rücken. Zwar schritt er gegen die Kommunisten ein; in dieser Hinsicht bezichtigte ihn die faschistische Rechte zu unrecht der Vayheit. Aber er konnte nicht ganz müßig zusehen, wie der Dollar immetarisch die in Jahren mühsam unter schweren Opfern zusammengestückelte Hegemonie Frankreichs in Polen, im Balkan, in der kleinen Orienten fast spielend verplüßte. Chamberlains Jureden vermochten Herriot hier nicht umzukrempeln; er fühlte, daß er stehe und falle mit diesem Großmannstratum des „Reichlichen“ französischen Kleinrentners.

Der völlige Zusammenbruch der Rhein-Ruhr-Politik bewirkte dann Herriots Sturz. Er blüht im gewissen Sinne für die Sündenböcke. Die deutsche Bourgeoisie hatte aus den Oktoberereignissen 1923 mit bemerkenswerter Entschiedenheit ihre Lehren gezogen, als sie wider Erwarten ihren moralischen Kahn nicht scheitern sah. Hatte doch Stresemann damals gerufen: „Wir sind die letzte bürgerliche Regierung.“ Also — sie

„Die Volksgemeinschaft“

Gemeinsames Festessen der Schwerindustriellen und Sozialdemokraten.

Berlin, 17. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der sogenannte Volksblod veranstaltete am Donnerstag zu Ehren von Marx ein Festessen, an dem teilnahmen die Industriellen Altdner, Tempfen, Otto Wolf, Bankier Wendelsjohn, Kommerzienrat Mannhorst und ihre Lakaien Hüllerding und Hermann Müller. Der „Vorwärts“, der über das Bankett einen Bericht gibt, verheißt jedoch, mit wem die Hüllerdinge zusammen gefressen und gefressen haben. Er spricht verächtlich von einem schlichten Besamensein zahlreicher Wirtschaftsführer und Politiker. Die Rede von Marx auf diesem Bankett hätte ebenjognt von Hindenburg gehalten werden können.

Marx erklärte, die Frage Republik oder Monarchie sei ein Problem; was er zu tun gedenkt, sagt er nicht. Er

Präsidentenwahlkandidat Thälmann an die proletarischen Freidenker

Schon beim ersten Wahlgang war es eine Unmöglichkeit für die proletarischen Freidenker, den Kandidaten der Sozialdemokratie zu wählen, derjenigen Partei also, die in den Ländern wie im Reich mit der pfäffischen Reaktion durch Dill und Dünn geht.

Im zweiten Wahlgang hat die Sozialdemokratie offen enthüllt, daß sie nicht daran denkt, irgendwie für die Freidenkerforderungen einzutreten, die sie — manchmal noch — in Versammlungen laut anpreist, um diejenigen zu fangen, die weniger auf die Taten als aufs Maul sehen.

Schon vor dem 29. März hat die Gemeinschaft proletarischer Freidenker an die Kandidaten der Arbeiter einen Brief gerichtet, der jetzt erst beantwortet werden konnte.

Die Reichszentrale der Freidenker, gezeichnet Wolf, hat den Genossen Thälmann um seine persönliche Stellungnahme zu ihren Forderungen, die bezeugen:

- Gleichberechtigung aller Staatsbürger und Vereinigungen ohne Rücksicht auf Glaubensbekenntnisse; Anwendung des Vereinsrechts auf Kirche und Religionsgemeinschaften; strenge Trennung von Staat und Kirche; konfessionsloser Unterricht; Religionsunterricht darf nur privat erteilt werden; Demokratisierung des gesamten Schulwesens; Schulgeldfreiheit und Lehrmittelfreiheit für alle Lernenden; großzügigste Förderung der Reigungen und Fähigkeiten eines jeden Kindes; Bekämpfung der Vermögen der Kirchen und Religionsgemeinschaften nach dem gleichen Grundsatze wie jedes andere Vermögen; Aufhebung jeder staatlichen Unterstützung für Religionsgemeinschaften; Beseitigung des konfessionellen Charakters der Friedhöfe und des Eides.

Genosse Thälmann antwortete darauf mit folgenden Brief:

Berlin, den 11. April 1925.

An die Gemeinschaft proletarischer Freidenker Leipzig.

Reize Genossen!

Ihr Schreiben vom 18. März ist mir, da ich auf Agitationsreisen unterwegs war, leider mit großer Verspätung in die Hände gekommen. So komme ich erst heute dazu, Ihnen zu erklären, daß ich

mit den 14 Forderungen, die Sie für eine anti-kirchliche Kulturpolitik aufstellen, voll übereinstimme.

Da sie auch im Sinne unseres Parteiprogramms liegen. Die Tatsache, daß die bürgerlichen Parteien im deutschen Volke nur zwei ausgesprochene Reaktionen wie Hindenburg und Marx zur Auswahl für das Amt des Reichspräsidenten stellen, zeigt deutlich die auch von Ihnen erkannte Entwicklung der deutschen Republik in der Richtung der kulturellen Reaktion. Sie stellen mit Recht fest, daß

nicht einmal die Bestimmungen der Weimarer Verfassung, die die Trennung von Kirche und Staat verlangen,

durchgeführt sind. Es geht mit diesen Verfassungsbestimmungen genau so wie mit allen anderen, die den bestehenden

Klassen, die Deutschland beherrschen, unabweichend sind. Sie bleiben auf dem Papier. Wenn wir den Tatsachen unvoreingenommen ins Auge sehen, so müssen wir feststellen, daß Ihre Aufforderung, „nur solche Kandidaten für den Posten des höchsten Vollzugsbeamten der Republik zu wählen, die in ihrer kulturpolitischen Auffassung die Gewähr bieten, daß sie mit allem Einfluß einer weiteren Rückwärtsentwicklung in ihrer kulturellen Lebens entgegenzutreten“ und für die Lösung des kulturellen Lebens Forderungen eintreten, bei diesen von Ihnen ausgehenden Forderungen eintreten, bei diesen Wahlen nicht zu erfüllen ist. Denn es sind, wie oben gesagt, von den bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Sozialdemokratie nur zwei ausgesprochene Reaktionen aufgestellt worden. Hierin kommt aber nur zum Ausdruck, daß ein erfolgreicher Kampf gegen die kulturelle Reaktion für die

Befreiung des Staates und der Schule vom Einfluß der Kirche

ohne eine radikale Umwälzung dieses Staates, ohne die Beseitigung des Einflusses aller bürgerlichen Parteien nicht möglich ist. Die kommunistische Partei hat meine Kandidatur nicht zu dem Zwecke aufgestellt, um durch die Wahl meiner Person im Rahmen des bestehenden bürgerlichen Staates irgend welche Reformen, wie z. B. die von Ihnen genannten, durchzuführen, sondern um dem Volke eindringlich zu zeigen, daß es nicht darauf ankommt, mer in dieser Republik an die Spitze kommt, sondern darauf, daß diese Republik von Grund auf umgestaltet werden muß, wenn sie nicht weiter ein Werkzeug der Reaktion gegen die Arbeiterklasse und gegen jeden Fortschritt, auch auf kulturellem Gebiete, bleiben soll. Wir sind überzeugt, daß Sie als proletarische Freidenker verstehen werden, daß es

für einen bewußten Proletarier nicht nur unmöglich ist, bei den Präsidentenwahlen für einen bürgerlichen Reaktionskandidaten zu stimmen,

sondern daß der Kampf gegen die bürgerliche Reaktion, in welcher Gestalt sie auch auftreten mag, mit allen Mitteln geführt werden muß und daß auch die

Ablehnung für einen proletarischen Kandidaten ein Mittel in diesem Kampfe

ist. Gewiß wird sich kein denkender Proletarier einreden lassen, daß man den Teufel mit Beizehub austreiben kann, daß man die Reaktion bekämpft, wenn man für den Kandidaten der Reaktionspartei, für den Vorkämpfer der konfessionellen Schule, für Wilhelm Marx stimmt. Mögen die Genossen der proletarischen Freidenkerorganisation aus den letzten Vorgängen, aus der Allianz zwischen SPD und Zentrum lernen, daß der kulturelle Kampf gegen die Reaktion nur als Klassenkampf gegen die Bourgeoisie geführt werden kann und daß eine Partei, die den Klassenkampf zugunsten der Koalitionspolitik aufgibt, auch den Kampf für die geistige Freiheit verraten muß.

Mit proletarischem Gruß!

Ernst Thälmann.

sehen in den sauren Äpfeln der wirtschaftlichen und politischen Dummheit — lieber Bourgeois bleiben unter Döllers Bettmäglerin als vom eigenen Proletariat ausgebeutet zu werden möglicherweise als vom eigenen Proletariat beglückt. Der Verlust der Dinge warz noch einige Strudel auf, als im Parlament im August der Dameschaft über einige alte ideologische Riffe der „Nationalen“ rutschte, aber der Rutsch gelang. Und wird be- „Nationalen“ rutschte, aber der Rutsch gelang. Und wird be- „Nationalen“ rutschte, aber der Rutsch gelang. Und wird be-

Somit sind die Dinge in Frankreich aber noch nicht. Dort geht die Entwicklung zeitlich ziemlich weit — um etwa zwei Jahre — hinter der in Deutschland her.

Darum konnte Herrri nicht oder nicht so gut genug ein- schweben, als der Dollar ihm durch Chamberlain in Genf kom- mandieren ließ: Einmalen! Garantiert! Eintritt Deutsch- lands in den Völkerbund! Darum möchte er monatlich 100 Millionen in den Völkerbund! Darum möchte er monatlich 100 Millionen in den Völkerbund! Darum möchte er monatlich 100 Millionen in den Völkerbund!

Zunächst bewilligte Herrri's Kautschukpolitik in der Frage des Garantipolles mit allem Drum und Dran, daß der ameri- kanische Imperialismus sehr ungeduldig wurde. Coolidge er- klärte, Frankreich erhält keine Anleihe mehr, und der „Kranke“ sollte sich nach Europa, um Schulden einzutreiben.“ Frankreich mußte seine Schulden bezahlen — und der Kranke mußte. Und wenn der Wandel fällt, muß der Herzog nach: nach Herrri's Rückkehr.

Es ist begreiflich, daß Combar, einer der „Kocher“ dieses Zinners, nicht Herrri's Finanzminister werden wollte. Möglich war es, daß der „Pute“ Herrri noch, um sich zu halten, dem Nationen Anweisungen machte — das war vielleicht sogar das Schicksal bei der ganzen Affäre.

Die „Brennweite und schwere Yoge“ kann natürlich weder durch ein „Hilfen“ noch durch ein „Ministerium der Mitte“ ent- wickelt und gelöst werden. Wir werden vermutlich wie jetzt seit dem letzten Herbst in Preußen und im Reich das französische Parlament eine Zeitlang als Stützpunkt haben, von dem aus ein Kabinett nach dem anderen sich in herrlichen Sagen hinabschlingt — zum Putzje.

Die die Stabilität der „Anten“ und des „Zentrums“ ab- geben wird durch die inzwischen eintreffende Stabilität der re- publikanischen Rechte, die wie die deutsche Bourgeoisie, auf die Politik Amerikas gegen Kompensationen einget, und die mili- tärliche und politische „Daneuerung“ Frankreichs abschließt.

Das große Heil der SPD.

Die „Leipziger Volkszeitung“ vom 11. April schreibt in ihrem Leitartikel:

Durch die Ausrufung Hindenburgs als Brandenburger- kandidaten des Reichspräsidenten ist eine vollkommen neue politi- sche Situation geschaffen. Eine größere politische Gefahr als die Kandidatur Hindenburg hatten die Reaktionsparteien von ihrem Standpunkt aus wirklich nicht begehren können. Die meisten sozialdemokratischen Arbeiter, die direkt oder indirekt Wahlberechtigung am 26. April haben wollen, werden nun zur Wahl gezwungen, um die Wahl eines Mannes zu verhindern, der mit seiner allseitigen Korbentstellung und seinem ausgeprägten Militarismus die verfassungsmäßige politische Un- terstützung ist.

Jeder Mensch weiß es, der „AB“ wie der gesamte SPD-Volk an, wie beglückert sie von der Ausrufung Hindenburgs ist, weil sie dadurch die Umwandlung der Arbeiter- kammern von Marx zu Thälmann zu verhindern hofft. Denn bei der Wahl zwischen einem revolutionären, linkssozialistischen, freigewerkschaftlichen Arbeiter, der der SPD angehört, und einem Zentrumsmann, der ein Vorkämpfer der ganzen Gewerkschaftsbewegung, ein Vertreter des Wohlstandes, ein Freund der Militarität und Monarchie ist, entscheidet sich die „linke“ SPD-Führung jederzeit für den Zentrumsmann.

Mit der Partei nach „Heinrich Hebel“ sollen die Arbeiter in den Schatz der allseitigmachenden Kirche gezwungen werden, obwohl Kirche und Meer von jeder die beiden seitlichen Säulen der Reaktion waren. Und ihre Vertreter sind Marx und Hin- denburg.

Jetzt sozialdemokratische Wähler sollte sich jedoch die Frage vorlegen:

Wieso sollen die Reaktionsparteien Zares lassen und heißen Hindenburg als Kandidaten auf?

Gerade die Ausrufung des Zentrumsmannes Marx als Kandidat der SPD, der sozialdemokratische Versuch auf eine eigene Kandidatur hat den Reaktionsparteien den Kampf zu machen lassen, daß sie es wagen, Hindenburg anzustreben, hindenburg ist kein Gegenüber zu Marx, umgekehrt. Die Ausrufung von Marx wie die Vorbereitung, um einen Hindenburg dem deutschen Volke präsentieren zu können.

Einem Proletariat, das es nicht einmal magt, einen eigenen, wenn auch reformistischen Kandidaten aufzustellen, einem Proletariat, das sich von der Partei der schwarzen Reaktion den Kandidaten leih, wird der Rechtsblock das nächste Mal nicht nur einen Hindenburg, sondern sogar einen deutschen Kaiser präsentieren.

Die Ausrufung Hindenburgs war gerade vom Gesichtspunkt der Reaktionsparteien alles eher als eine Fellei, denn erstens bedeutet es die eigene Sammlung der gesamten bürgerlichen Reaktion um die Fahne der Monarchie, zweitens treibt es die unzufriedenen, rüchständigen Arbeitermassen in eine angebliche „Republikanische Front“ unter Marx, um die einzige wahre anti- monarchistische Front zu verhindern, die rote Klassenfront der Arbeiterklasse.

Der Kampf in der Metallindustrie

Der „Vorwärts“ fordert unter dem Druck der Arbeiter Ablehnung des Schiedspruchs.

Auf der Funktionärskonferenz der Metallarbeiter kam es zu äußerst scharfen Auseinandersetzungen über den Schiedspruch in der Metallindustrie. Die Verbandsleitung empfahl den Spruch zur Annahme. Die Entscheidung sollte aber durch eine Abstimmung gefällt werden.

Die Mehrzahl der Funktionäre forderte entschiedene Ablehnung. Die Metallarbeiter dürften unter keinen Um- ständen den Achtstundentag opfern.

Die Abstimmung findet heute statt. Unter dem Druck der Stimmung der Metallarbeiter ruft es der „Vorwärts“ nicht, die Annahme des Schieds- pruchs zu empfehlen.

Taschliche Einbrecher

Das „Berliner Tageblatt“ meldet: Weimar, 16. April.

Ein politischer Diebstahl wurde in der Nacht zum 15. April in Erfurt verübt, indem aus dem Polizeipräsidium eine Anzahl Akten über politische Organisationen gestohlen wurde. Als Täter wurden inzwischen die beiden Angehörigen des Wiltinger- Bundes, Bauschische Bartholome und Handlungsgehilfe Landin aus Erfurt, ermittelt. Obgleich bei der Hausdurchsuchung Landin eine Anzahl Wafeln und militärische Ausrüstungsgegenstände vorge- funden wurden, wurden nach der Meldung eines deutschnatio-

Arbeiter! Angestellte! Beamte!

Der ADGB, ADP und die Bja, die reformistischen Führer einer gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, fordern nun auch in einem Aufruf, am 26. April eure Stimme für den Präsi- dentenwahlkandidaten der Zentrumspartei abzugeben. Schamlos genug wagen es die reformistischen Führer der Spitzen- organisationen, die von den Arbeitern geschaffenen Gewerkschaftsorganisationen, die angeblich parteilich neutral sind, offen zur Wahlmaschine der SPD, der Zentrumspartei und der Demokraten zu koppeln. Die Millionen Stimmen der frei- gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sollen dem imperialisti- schen Bloß, dem Burgertum ausgeliefert werden. Ein neuer ungeheurer Klassenverrat wird damit an den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern begangen. Mit der Wahl, die Re- publik vor der Monarchie zu retten, die Vorherrschaft der mili- tärlichen und politischen Reaktionskräfte zu verhindern, wird man die Millionen Arbeiter, Angestellten und Beamten dem Zen- trumspartien und Vertrauensmann der rheinischen Schwer- industrie in die Arme treiben.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Könnt ihr es als Mitglieder der freien Gewerkschaften, könnt ihr es mit eurem Klasseninteresse vereinbaren, dem Mann eure Stimme zu geben, der verantwortlich ist

für die Herabsetzung der Beamtengehälter, für die Einführung des 9-Stunden-Tages für die Beamten im Dezember 1923,

für die Verkürzung des Urlaubs der Beamten um 7 Tage, die im Januar 1924 durch das Kabinett Marx be- schlossen wurde,

für den Beamtenabbau, der Tausende und Zehntausende von Beamten und Arbeitern auf die Straße warf.

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Wollt ihr diesen Klassenverrat eurer Spitzenorganisationen folgen und dem Mann wählen, der verantwortlich ist

für die im Februar 1924 beschlossene Mietzinssteuer, für die Herabsetzung der Löhne in der Privatindustrie, dessen Arbeiterunfallversicherung die Schlichter amies, keinen Schiedspruch mit höheren Löhnen für verbindlich zu erklären,

für die Ablehnung der Erhöhung der Eisenbahnerlöhne.

nalen Stattes die beiden Verhafteten vom Untersuchungsrichter alsobald nach ihrer Einlieferung und Vernehmung wieder auf freien Fuß gesetzt. Dieses Verhalten des Untersuchungsrichters scheint im Hinblick auf den politischen Hintergrund des Ver- brechens und den Waffenschatz recht merkwürdig, und es sei die Frage gestattet, ob wohl ebenso verfahren worden wäre, wenn es sich um Angehörige einer anderen politischen Richtung gehandelt hätte!

Hätte es sich um Kommunisten gehandelt, würde man die Verhafteten monatelang inhaftieren. Die Klassenjustiz ist aber eine Verbündete der Faschisten.

Ein neues Attentat in Bulgarien

Sofia, 16. April. Bei der Begräbnisfeier des vorgestern ermordeten Abgeordneten der Regierungspartei Kolen explodierte in der Kathedrale Sofia eine höllische Bombe. Zahl- reiche Tote und Verwundete sind zu beklagen. Die anwesenden Minister blieben unverletzt. Die Ordnung wurde in keiner Weise gestört.

Belgrad, 17. April. (Zuntz, d. Tel.) Nach den hier vor- liegenden Meldungen über das Attentat in Sofia befinden sich unter den Verwundeten auch Ministerpräsident Jankow, Außenminister Calloff, Minister Popowitsch und Mi- nister Wikow. Ingesamt beträgt die Zahl der Toten 22.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Wollt ihr auf Kommando der reformistischen Gewerkschaftsführer diesem ausgesprochenen Klassenfeind eure Stimme geben, der den Deutschen Tag in Halle und alle monarchistischen Ausdehnungen schütz und die revolutionären Arbeiter über den Haufen schieben ließ.

Wollt ihr eure Stimme abgeben für den Räuber des Acht- stundentages?

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Gewerkschaftler!

Könnt ihr den Vertrauensmann der Schwerindustrie wäh- len, der den Ruhrindustriellen 700 Millionen in den Nacken warf.

Kein Arbeiter, Angestellter und Beamter, kein christlicher Gewerkschaftler darf eine solche klassenfeindliche Handlung begen.

Keine Stimme diesem Manne, der vom 30. November 1923 bis zum 16. Januar 1925 als Ministerpräsident bewiesen hat, daß er der beste Interessenvertreter der Schwerindustrie ist.

Marx bietet keine Rettung vor der Monarchie.

Marx ist ebensowenig Republikaner wie Hindenburg.

In seiner Rede in Königsberg vom 14. April sagt Marx wörtlich:

Unserm Hindenburg Dank und Verehrung.

Seide, Marx und Hindenburg, sind die besten Vertreter der Tit- tatur der Schwerindustrie, der Konzern- und Bankkönige, der Junker und der Militaristen, einzig in dem Ziel, die kapitali- stische Ordnung in Paves-Deutschland durch brutale Aus- beutung der Arbeiterklasse aufrecht zu erhalten, bereit, jede revolutionäre Bewegung des Proletariats im Blute zu erstick.

Kein organisierter und klassenbewußter Arbeiter darf dieser Parole der mit der Bourgeoisie verpflanzten reformistischen Füh- rerchaft folgen. Jeder christliche Arbeiter wird es ablehnen, diesen Verrat an seiner Klasse mitzumachen, und wird am 26. April den Reformisten quittieren mit der Abgabe seiner Stimme für den einzigen Arbeiterkandidaten

Ernst Thälmann!

Etwa doppelt soviel Verwunden sind verwundet. In das Kranken- haus wurden mehrere Verwunden gebracht, an denen Aufkommen gezeichnet wird. Der Wodanischlag hat in Sofia ungeheure Panik ausgelöst. Ministerpräsident Jankow und der Minister des Innern trafen sofort persönlich die notwendigen Ver- fügungen. Es wurde die ganze Sofioter Garnison alarmiert und die Rue de Vitosa, in der sich die Kathedrale befindet, militärisch abgesperrt. Sanitätskolonnen und Verzte nahmen sich der Verwunden an. Die Toten wurden aus der Kirche herausgeholt und in Särgen nebeneinander gelegt. Der Polizei- präsident verfußt sofort die militärische Besetzung sämtlicher Hauptstraßen. Der Konat wurde von einem militärischen Kor- don umgeben. Man nahm erst allgemein an, daß das Attentat nur der Auftakt zu einer planmäßig vorbereiteten Kommunisten- action sei. Die Annahme beschäftigt sich jedoch nicht.

Painlevé Ministerpräsident in Frankreich

Painlevé hat das Ministerium in Frankreich gebildet. Herrri ist nach Anon geehrt, um seinen Posten als Bürger- meister wieder einzunehmen.

Außenminister ist Briand. Die Minister des Weltkrieges stehen also auch in Frankreich jurid.

Arbeiterchaft und Kriegsgefahr.

Die Tatsachen, die auf eine solche Zustimmung imperialistischer Kriegskontakte hinweisen, haben die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf die allerwichtigste Frage gelenkt, wie wird sich, wie soll sich die revolutionäre, Klassenbewusste Arbeiterchaft beim konkreten Vorkommen dieses imperialistischen Krieges verhalten? Wie, mit welchen Methoden kann sie am besten, sichersten und raschesten die eine richtige Lösung der Vorbereitung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, die Revolution der Unterdrückten, verwirklichen? Unsere militärpolitische Beschlusse hat dazu beigetragen, daß diese Fragen in unseren Kreisen ernsthaft diskutiert werden. Und sie müssen noch intensiver und ernsthafter besprochen werden. Aus den uns zugehenden Zuschriften veranschaulichen wir den nachfolgenden Beitrag, der enthält einige richtige und wichtige Bemerkungen, wenn er auch nicht alle Fragen, die auftauchen, beantwortet. Er soll aber unsere Leser zum Nachdenken anregen. Wir richten an unsere Freunde gleichzeitig die Aufforderung, an dieser Beschlusse in dem Geiste, der aus den bisherigen Beschlüssen hervorgeht, durch Beiträge mitzusarbeiten.

Die Redaktion.

Jeder erwachsene Mensch kennt drei Sachen: 1. daß der Krieg zwar langsam und allmählich vorbereitet wird, daß er aber plötzlich ausbricht; denn die Massen verhalten sich durch das plötzliche Vorgehen in der Mobilisierung, in der strategischen Entwicklung usw. sich gegenseitig zu überraschen.

2. Im Augenblick der Kriegserklärung wird überall der Ausnahme- und Kriegszustand verkündet, die Wirkung der gewöhnlichen Gesetze und aller demokratischen Freiheiten und Privilegien hört auf. Verbindungs- und Verkehrswege und auch die Mehrzahl der Industrieunternehmungen werden der Kontrolle oder sogar der unmittelbaren Verwaltung der Kriegsbehörden unterstellt.

3. Die Proklamierung des politischen Generalstreiks im ganzen Lande bedingt eine entsprechende Vorbereitung (die sehr rasch von den Behörden unterdrückt werden kann). Zeit zu ihrer technischen Durchführung, Vorhandensein solcher leitender Organe — zentral und lokal —, die über einen Verbindungsapparat und Mittel verfügen.

Betrachtet man diese Tatsachen, die jedem Führer der Arbeiterbewegung bekannt sind, und ihr Wert, so ist, daß der Aufruf zum Generalstreik am Anfang des Krieges ein freies Wort ist. Und wenn es tatsächlich so ist, so sind alle Gespräche über den Generalstreik, Kriegskontakte wiederum nichts anderes als schlaue Kunst, um die Massen einzufaseln, in ihren Willen zum Handeln zu lähmen und sich im entscheidenden Augenblick die Hände im Unfug zu waschen oder, wie es die Führer der 2. Internationale im vorigen Kriege gemacht haben, die Massen aufzurufen, sich an die Seite ihrer Regierungen zu stellen.

Jeder aufrichtige Aufruf zur Bekämpfung des Krieges muß auf der klaren Vorstellung basieren, daß der Krieg die tiefste Kräfteentwertung der herrschenden Klasse ist, die durch seinerlei „Demokratismus“ oder „Rechtsmäßigkeit“ geschwächt wird; dieser Aufruf kann mit Erfolg nur eine Kraft entgegengesetzt werden. Jeder wirkliche Versuch eines aktiven Kampfes gegen den Krieg, sei es in Form eines Streiks, schlägt unweilend in den Bürgerkrieg um. Es hat keinen Zweck, den Streik gegen den Krieg dem Bürgerkrieg gegenüberzustellen. Wir müssen die Massen von vornherein so erziehen, daß sie keine Angst vor dem Klassenkrieg des Proletariats zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft haben. Von zwei Dingen ist das das kleinere. Der Grundgedanke muß sein: Es ist besser, in den Krieg für die eigene Befreiung zu ziehen, für die Entleerung der Ausbeuter zu kämpfen, als auf die Schlachttat für die Geldschränke dieser Ausbeuter zu gehen.

Steht auch den Augenblick der Kriegserklärung vor: der Mobilisierungsbefehl ist erteilt; auf den Straßen verharren Schreien, in den Fabriken und Betrieben Wutausbrüche, Tausende, Panzerarmee. Vor jedem Arbeiter und Bauern steht das Dilemma: sich unterordnen, sich wehren, ein Sträfling der Kriegsmaschine zu werden, oder aber das verweigern, mit dem Risiko, vors Kriegsgericht gestellt zu werden. Die Waffe wird nur dann den Massen zugänglich sein, wenn sie die Sinnlosigkeit des Streikes begriffen hat, und, was besonders wichtig ist, wenn jeder seiner Aufgabe bewußt ist, und weiß, daß er nicht allein dasteht, daß eine Organisation vorhanden ist, welche ungeachtet des Regierungsverfalls seine Bemühungen mit den Bemühungen der Millionen zusammenschließen, leiten und führen wird.

Die Aufgabe also, die entsteht, ist eine Organisation zu schaffen und zu entwickeln, die beim Ausbruch des Krieges ins Leben tritt, die die Aktionen der Massen gegen den Krieg zu leiten, und die sich vor dem Staatsterror decken kann. Es ist möglich (und auch wahrscheinlich), daß im Augenblick des Kriegsausbruches diese Organisation nicht ins Leben tritt, einen entscheidenden Schritt zu unternehmen. Dann ist ihre Aufgabe: Herstellung und Aufrechterhaltung der Verbindungen, einen günstigen Moment abzuwarten (Kriegskrise, Lebensmittelknappheit, Hunger usw.) und ihn dann auszunutzen, um die Massen zum entscheidenden Sturmangriff zu führen.

Dabei muß man verstehen und die Massen von vornherein verstehen lassen, daß jedes aktive Auftreten gegen den Krieg zum Sturz der eigenen Regierung und zur Desorganisation des Heeres führt und dazu führen muß diese unumgängliche Erscheinung, daß ist ein Schreckensbeweis für die Sozialpatrioten; die Angst, der eigenen Regierung, der eigenen Bourgeoisie wehe zu tun, führt zu den Parolen des „Surfriedens“ d. h. zum Beseitigen der Klassenkampf, zum gegenseitigen Vornehmen mit der Bourgeoisie. Es erübrigt sich, zu sagen, daß eine Organi-

sation, welche auf die Niederlage der „eigenen“ Regierung hinwirkt, mit allem Eifer, mit dem ganzen Arsenal der Beschimpfungen beworfen und mit den schärfsten Mitteln des Terrors bekämpft werden wird, die die Bourgeoisie und ihre Kaskaden im Vorrat haben. Wenn im Lager der gegnerischen kriegsführenden Macht keine ähnliche Revolution gleichzeitig erfolgt, sind die Aufständischen gezwungen, einen revolutionären Krieg für die Erhaltung der revolutionären Errungenschaften weiterzuführen oder vielleicht einen Frieden in der Art von Brest-Litowsk zu schließen. Aber der Proletariat darf nie vergessen, daß der Kapitalismus das schlimmste Übel ist, und am Beispiel Russlands kann er sehen, wie Fertigkeit und Entschlossenheit ungeachtet aller Schwierigkeiten zum Siege führt.

Der Erfolg des Aufstandes gegen den Krieg hängt in großem Maße von der Beschaffenheit der Armee in



Friedenszeiten ab. Je mehr Klassenbewußtsein in den Reihen der Armee, je härter die Summation der Soldaten für die Arbeiter, um so schneller und erfolgreicher kann dem imperialistischen Kriege entgegengetreten werden.

Lenin schrieb im Jahre 1916 über das Wesen der „Niederlagen“, des „Defaitismus“ der revolutionären Arbeiter gegen den Krieg, daß jeder Versuch, die Parole Trozki: „Weder Sieg, noch Niederlage“, zu verwirk-

lichen, die Verteidigung, somit die Unterstützung der eigenen bürgerlichen Regierung bedeutet; denn es ist ganz egal, ob eine imperialistische Macht einen sog. „Verteidigungs-“ oder einen „Angriffskrieg“ führt.

(Etwas anderes ist es, wenn in Kolonialländern eine Bewegung entsteht, die eventuell von der kolonialen Bourgeoisie geleitet werden kann, aber einen objektiv progressiven Charakter trägt, einen Kampf gegen die imperialistische Unterdrückung darstellt. Solche Bewegungen in Irland, Indien, China usw., die in nationale Kriege ausmünden können, die dahin gerichtet sind, diese Völker von der Herrschaft der imperialistischen Großmächte zu befreien, können nicht auf eine Stufe gestellt werden mit dem Krieg zwischen zwei imperialistischen Rivalen. Das Proletariat ist verpflichtet, diese Bewegungen im Geiste des Leninismus zu unterstützen.)

Die „patriotischen“ Parolen sind stark, sie sind stärker als man denkt, und der Kampf mit ihnen, die Erläuterung ihrer Sinnlosigkeit in der imperialistischen Gegenwart, ist eine der wichtigsten Aufgaben derer, die aufrichtig den Krieg bekämpfen. Das Proletariat kann den künftigen Krieg nicht mit lauten Parolen, weinerlichen Büchern und effektvollen Aufzügen verhindern. Nur durch eine jährliche, unermüdbare Kleinarbeit der Aufklärung, durch eine Organisation der Aktivität der Massen, durch die Stärkung des Glaubens an die eigenen Kräfte und den Willen für eigene und nicht für fremde Interessen zu kämpfen, kann den Massen, die am meisten unter dem Kriege leiden — den Arbeitern und Bauern —, die Waffe in die Hand gegen den Krieg gegeben werden.

Die Unterstützung und Befestigung der proletarischen Organisationen, die im entscheidenden Augenblick die Führung der Massen in ihrem Kampfe gegen den Krieg aus der Illegalität übernehmen, Durchdringung des gesamten bürgerlichen Machtapparates mit eigenen Leuten, den Basissen der Gegnerschaft gegen imperialistische Kriege, Kampf der „eigenen“ Regierung um jeden Preis, der für die Vorbereitung des Krieges verwendet werden soll, Ausnutzung jeder Gelegenheit zu diesem Zweck (von der Parlamentaristik bis zu gelegentlichen Streiks und Demonstrationen), Bedienung der Aktivität und des Bewußtseins der wirklichen Gefahr, Organisation der Spontaneität und Bereitschaft zum Klassenkrieg der Arbeiterchaft gegen die Bourgeoisie — das sind unsere Parolen, die wir den passivsten Schwärmern und Schreibern aller Gebrauchsgegenstände gegenüberstellen.

Nicht Trotzki — die RKP. hat die rote Armee geschaffen.

Von S. Gufjew.

Vorherbemerkung: Der Aufsatz, aus dem wir nachstehend einige Teile herausheben, erschien in der russischen Parteipresse vor Monaten, während der Trozki'schen „Schmelze“ die Debatte in Russland vollkommen abgeschlossen ist, hat eben dieser Aufsatz eine besondere Bedeutung. Er ist geeignet, die falsche Auffassung vieler Nichtkommunisten zu zerstreuen, als wäre Trotzki der „Schöpfer der roten Armee“.

Im Jahre 1922 legte die Oberste Politische Leitung der Republik der Entwurf eines politischen Status der roten Armee und der Frage zur Begutachtung vor. Der § 41 dieses Status, in dem es u. a. hieß: „Genosse Trotzki — ist der Führer und Organisator der roten Armee. An der Spitze der roten Armee stehend, führt sie Genosse Trotzki zum Siege über alle Feinde der Sowjetrepublik.“

Die Theorie des Aufbaus der Armee, allein durch den Führer und Organisator, wie sie in diesem Paragraphen enthalten ist, ist

eine unrichtige, eine unmoralische Theorie.

Vom Gesichtspunkte der Klassenmacht aus ist die Armee das militärische Gewerbe einer bestehenden Gesellschaftsordnung oder die militärische Überprägung dieser Gesellschaftsordnung. Das aber bedeutet, daß die Armee organisiert und gebildet wird, daß sie geleitet und gelenkt wird, daß ihr Kommandostab ernannt wird, daß sie erzogen wird im Geiste der bestimmten Ideologie der herrschenden Klasse.

Unser Staat ist ein Arbeiterstaat, die herrschende Klasse — das Proletariat. Die proletarische Diktatur wird verwirklicht durch die Vorhut der Arbeiterklasse, die besten Kräfte des Proletariats, wie sie in den Reihen der RKP. zusammengefaßt sind.

Die RKP. verwirklicht die Diktatur des Proletariats, insbesondere bildet, organisiert und leitet sie die rote Armee durch die Rote und Gewerkschaften.

Das aber bedeutet, daß die Parteitage die Grundlinien der militärischen Politik festlegen und die Zentrale der RKP. beauftragen, sie in der Zwischenzeit zwischen den Parteitagen durchzuführen.

Was daraus ersichtlich ist, hat die Theorie der Bildung der bewaffneten Kräfte des Proletariats wie sie im § 41 des politischen Status enthalten ist, nichts gemeinsam mit der marxistischen Theorie (die Armee — ist das militärische Gewerbe der bestehenden Gesellschaftsordnung), wie sie noch von Engels dargestellt wurde noch mit der Überprägung dieser Theorie durch die Praxis des Aufbaus einer Klassenarmee durch das Proletariat der Union der SSR.

Das vom Genossen Trotzki herausgegebene Sammelwerk seiner „Reden und Vorträge“, die unserm militärischen Aufbau („Wie die Revolution in den Massen griff“) gewidmet sind, könnte entgegen dem Wunsche des Genossen Trotzki ein Baustein für die unmoralische Theorie, werden. Auf

einem Zeitraum von ungefähr einhunderttausend Seiten lassen sich kaum einige hundert Seiten finden, in denen von der Rolle der Partei, der politischen Abteilungen, der Kommissare, der kommunistischen Zellen und der Gewerkschaften gesprochen wird. Obendrein sind diese Stellen auch noch zu je zwei oder drei auf verschiedene Stellen verstreut und es ist keine einfache Sache, sie aufzufinden. Das ist — ein ganz großer Mangel dieser Bücher, die den verantwortlichen Anteil tragen „Wie die Revolution zu den Massen griff“. In den Vorträgen über die Revolution durch die ganze Arbeiterklasse — durch die RKP., durch die Gewerkschaften, durch die Räte. Was dem Buche des Genossen Trotzki aber kann man, besonders ein nichteingeweihter ausländischer Leser, der selbst die Periode des Aufbaus der bewaffneten Kräfte des Proletariats der Union der SSR. nicht miterlebt hat etwas ganz Falsches herauslesen — als ob diese ganze Sache zu neun Zehnteln sich durch Artikel, Reden, Beschlüsse, Repressalien und organisatorische Maßnahmen des Genossen Trotzki hätte abmachen lassen. Wann man schon den Bilanzbericht zieht, unter die Erfahrungen des Bürgerkrieges, wenn man daraus die notwendigen Schlussfolgerungen zieht, wenn man ein „Status des Bürgerkrieges“ verfaßt, so muß das so geschehen daß unsere ausländischen Freunde diese Erfahrung in reiner, von seiner „Militärartikel-Romanistik“ verfallenen, von seinen „neuen Antisinnlichen Legenden“ verunklärten und von der „Korrektheit des Antisinnlichen“ getragenen Form erhalten.

Die Theorie des § 41 — ist

durch und durch Kleinbürgerlich.

Darin liegt ihre Klassenmäßige politische Bedeutung.

Der Kleinbürger, der kleine Eigentümer, der in seiner Einzelwirtschaft für sich arbeitet, der unter den Bedingungen seiner Produktion mit anderen, ihm ebenbürtigen und ähnlichen kleinen Wirtschaftskleuten nichts zu tun hat, ist im Gegensatz zu dem in den Fabriken und in den Städten zusammengelassenen Proletariat der Mächtigen und deshalb auch der Fähigkeit beraubt sich zu organisieren. Kraut seiner doppelartigen Klassen-natur führt ihn seine Unfähigkeit zur Organisation zur Kleinbürgerlichen Lehre über die anarchische Gesellschaftsordnung, die jeglichen organisatorischen Elementen nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiete entbehrt, oder er beginnt, da er keine organisatorische Hilflosigkeit empfindet, einen Organisator zu suchen, der ihm alles erteilt, ihm alles zurecht macht und der in allem eine feste Ordnung schafft. Die Theorie Michailowskis von den Helden und der Renge, die unendlich langweiligen Streitfragen der russischen Volkshüter gegen die Barrerien in der Frage über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte schließlich der § 41 des politischen Status — das alles ist Brut aus ein und demselben Kleinbürgerlichen Nest.

Das Kleinbürgertum, das das Gebiet der Union der SSR. unter der proletarischen Diktatur bewohnt und der Wohlfahrt

Zum Reichswehr- und Marine-Etat.

der neuen ökonomischen Politik teilhaftig wird, entwickelt sich nach der Seite des Nationalismus, das heißt es erhebt den Schieber. Der Schieber aber will und die Armee „ausspannen“.

Wach im Jahre 1921 vermochten wir bei der Nationalen Unterbringung der Truppenteile der Roten Armee (zum Abzug) den Versuch der Schieber zu beobachten, was die Armee abspenstig zu machen. Seitdem ist das Schieberelement ideologisch erheblich härter geworden und geht sehr leicht darauf, uns die Armee „anzuspinnen“. Und natürlich wird es unvermeidlich zum § 41 zurückzuführen, natürlich kann es nicht umhin, die Theorie des § 41 auszunutzen die die Rolle der RKP bei der Organisation der Roten Armee ins Nichts herabzuziehen. Die Massenkräfte des Proletariats benutzen jede Gelegenheit, um der RKP ein Bein zu stellen. Der Verfasser des § 41 sieht diese Gefahr nicht und hilft durch seine kleinbürgerliche Theorie nur unseren Massenfeinden. Der Nationalist muß sehr lernen, daß der Organisations- und Führer der Roten Armee — die Russische Kommunistische Partei ist. Das muß ihm Tag für Tag eingehämmert werden, das muß ihm „eingepflanzt“ werden. Das ist theoretisch richtig, das ist praktisch richtig und das ist geschichtlich richtig.

Der Genosse Trocki dagegen — ist aber ein Mitglied der Zentrale dieser Partei, der in ihrem Auftrag nach ihren Direktiven die schwierigste Arbeit in der Roten Armee in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Revolutionären Kriegsrates der Union der ZS.R. ausführt.

Uebrigens müssen wir letzterer Ausführung gegenüber eine wesentliche Korrektur anbringen. Es wäre eigentlich nötig, zu sagen: Der diese Arbeit nicht in der RKP ausgeführt hat, der nicht immer nach den Direktiven der Partei gearbeitet hat, der unweilend mit der Partei nicht übereinstimmte.

Und auf diese Seite der Sache verweisen wir sehr nur deshalb einzugehen, weil sie augenblicklich für anspruchsvolle geistliche (sozialistische) Interesse verloren und eine politische Bedeutung gewonnen hat. Wenn wir schon unsere ausländischen Freunde in der Kunst der Schöpfung bewaffneter Kräfte des Proletariats unterrichten, so wäre es natürlich unzulässig, so wäre es ein politischer Fehler, „aus Erwägungen persönlicher Natur, die höchstens in dritter Linie Anknüpfung an die Parteipolitik erheben können“ (Ausdruck des Genossen Trocki im Vorwort zu „1917“), jene politischen Schwierigkeiten zu verschweigen, die unsere Zentrale in jenen Fällen zu bestehen hatte, in denen Genosse Trocki mit ihr in den Fragen der Militärpolitik nicht übereinstimmte.

(Hier folgen Schilderungen über die Differenzen zwischen dem Genossen Trocki und dem ZS.R. in wichtigen militärischen Fragen, die wir demnächst veröffentlichen.)

Die Armee ist das militärische Glied der Gesellschaft, und dementsprechend ist die Parteiorganisation innerhalb der Armee das militärische Glied der Partei. Praktisch bedeutet das, daß die demokratischen Rechte der Parteiorganisation der Armee stark eingeschränkt sind, insbesondere das Recht zu wählen. Vor allem sind die politischen Abteilungen der Armee und der Divisionen, die die gesamte politische Arbeit der Armee, darunter auch die Parteiarbeit, leiten, keine gewählten Organe, sondern ernannte. Infolge der weit strengeren demokratischen Unterordnung, als das in anderen Behörden der RKP ist, besteht bei einer solchen Einengung der Demokratie der Parteiorganisation der Armee immer die Gefahr einer völligen Unterordnung der Parteibeziehungen als Genossen — unter die militärischen Beziehungen der Unterordnung und der Disziplin. Das ist mehr als einmal geschehen.

Eine richtige Kombination der militärischen und der Parteibeziehungen zu finden — ist keine leichte Sache. Hier bedarf es eines nicht geringen Talents und Feingefühls, wie sie nur durch langjährige Eichenbelegung und Arbeit in der Partei herausgearbeitet werden können.

In enger Zusammenhang mit den Arbeitsmethoden des Genossen Trocki stand jene schwierige Frage, wie sie im Zentrum entstanden war. Es gab keinen Revolutionären Kriegsrat der Republik, obwohl er beinahe fünfzehn Mitglieder aufzuweisen hatte. Er trat nicht zusammen. Das Kriegskommissariat war ohne Kollegium. Die Leitung der Angelegenheiten des Revolutionären Kriegsrates der Republik und des Allrussischen Stabes waren von der Armee und den Fronten losgerissen. Der Operationsstab bestand sich in Zerpuchoff und befaßte sich weder mit organisatorischen Angelegenheiten noch mit Versorgungsfragen. Kürzer gesprochen: ein militärisches Zentrum, das Pläne arbeitete, zentralisierte und leitete, gab es nicht.

Genosse Trocki war bestrebt, sich als einzelne Person in ein solches Zentrum zu verwandeln, das an den Fronten herumzuführen und fortzuführen, nach ganz deutschen Parteiverhältnissen zu arbeiten wie 1922: gelegentlich eingekerkerte Jäger, an Stelle einer planmäßigen Versorgung, außerordentlicher Heberflut an allen militärischen Schritten und Repressalien, wenig Organisation, wenig Disziplin. Dieses Arbeitschema des Genossen Trocki hat ein Genosse treffend gekennzeichnet als das „System der organisierten Panik“.

Wäre Juli 1919 gehalten sich die Lage so, daß die Zentrale-Vollziehung genötigt war, drei Fragen auf die Tagesordnung zu stellen: über die Fortführung der Offensive an der Ostfront, über die Organisation eines neuen Revolutionären Kriegsrates der Republik und über die Ablosung von Bazails durch Danowew. In allen diesen Fragen war die Zentrale mit den Beschlüssen der Ostfront einverstanden. Genosse Trocki war mit diesen Beschlüssen sehr unzufrieden, wurde nervös und wollte zurücktreten, sagte sich aber schließlich nach einiger Zeit dem Beschlüsse der Zentrale.

Die politische Seite ist die Tendenz zur Konzentration der militärischen Angelegenheiten von der Partei.

Während dieser Zeit war diese Tendenz beim Genossen Trocki 1923 hervor. Es kam das folgendermaßen: Auf der Vollversammlung der Zentrale im Oktober (1923) beschloß die Zentrale, den Revolutionären Kriegsrat der Union der ZS.R. durch einige angehende Kommunisten der Armee zu verstärken, und zwar durch ihre Nebenführung in den Revolutionären Kriegsrat.

Genosse Trocki protestierte in ausnehmend scharfer Form gegen den Beschluß des Plenums der Zentrale über die Einführung von neuen Mitgliedern in den R.K.R. (Revolutionärer Kriegsrat) der ZS.R. Die Diskussion, die nach diesem Plenum eingeleitet hat, verlor den Streit mit dem Genossen Trocki auf ein anderes Gebiet. Über die Zentrale verurteilte die Armee nicht ohne Mißtrauen zu lassen, und die Plenarversammlung vom Januar 1924 hielt es für erforderlich, eine Kommission zur Untersuchung der Pluralität und der Verrepräsentation der Roten Armee zu bilden.

Auf der Grundlage der Angaben der Untersuchung arbeitete die Kommission des Plenums der Zentrale eine Reihe von Vorschlägen aus, die dem auch der breiten Parteiorganisation der Roten Armee zugrunde gelegt wurden, die im Frühjahr 1923 begann.

P. Das erste, was uns in dem Reichswehr-Etat für 1925 beunruhigt, ist eine Summe von 200.000 Mark „Ausgaben für besondere Zwecke“ zur Vermeidung des Reichswehrministeriums. Die Jahresrechnung über diese 200.000 Mark unterliegt der öffentlichen Prüfung des Reichswehrministeriums. Man wird nicht schlagend, wenn man annimmt, daß sie zur Niedererschlagung von Arbeiterkämpfen bereitzustellen ist.

Die Beamten der Heeresleitung scheinen sich im Ganzen fester zu halten. Nach dem Etat werden befohlen vom Einzeletat nach BV bis zu der Gehaltsgruppe VII 290 Beamte bei der Heeresleitung, davon allein 243 nach den Gruppen VIII bis IX. Das Anfangsgehalt für die Gruppe VIII beträgt 557,50 Mark monatlich, für Gruppe IX 585,50 M.

Ueber die Zusammenfassung des Heeres ist zu sagen, daß es fast ausschließlich aus „Borgelegten“ besteht, weniger als ein Drittel der gesamten Armee, nämlich 36.499 sind Mannschaften. Dabei seien in diesem Jahre noch 596 Feldweibel zu Offiziersanwärtern befördert werden. Befördert werden aber 50 Prozent der Angehörigen des Heeres nach den Gruppen I-III. Die 36.499 Mannschaften werden alle nach Gruppe I befohlen, das ist ein Anfangsgehalt von 75,50 Mark monatlich. Dem Soldaten der Heeresleitung.

Kreunde der Reichswehr machen immer viel Worte von den hervorragenden „Bildungsanstaltungen“. Nach dem Etat steht es aber gar nicht so bedeutend aus.

Auch das Kapitel „Fürsorge während der Dienstzeit“ weist sehr trübselige Zahlen auf.

„Fürsorge“ kommt nicht so knapp weg, sie ist mit 27.570 Mark gebucht. Die Rechtspflege mit 34.540 Mark im Vorjahr, 208.161 Mark. Das ist wohl aus dem Grunde geschehen, damit man jederzeit bereit ist, die Soldaten, die, wie das in letzter Zeit öfter geschehen ist, den Mund aufmachen, um sich gegen die schlechten Verhältnisse in der Reichswehr zu wenden, schnell und gründlich abzustellen zu können. In den Heereskassazetteln werden 101.000 Mark eingepfand mit der Begründung, daß die Kosten der Verpflegung sich in den Heereskassazetteln gemindert hätten. Diese Begründung erinnert sehr an das bekannte Soldatenwort „Kohlstampf“.

Bei der Marine ist das Bild nicht anders. Von 14.920 Angehörigen der Marine werden 12.940 nach Gruppe I-III befohlen. Auch hier gibt es fast nur Borgelegte. Auf ca. 15 Unteroffiziere und Mannschaften kommt in der Marine ein Offizier, auf nicht ganz zwei Matrosen ein Vorgesetzter, d. h. Offizier.

Bediensteter oder Unteroffizier, die Gelehrten nicht einmal mitgerechnet. Auch bei der Marine eine Bevorzugung der Offiziere. An Verpflegungsgeld sind veranschlagt pro Mann 91 1/2 Pfg. täglich. Man kann sich also vorstellen, wie die Matrosen Kohlstampf schreiben müssen.

Auch im Sanitätswesen sind in der Marine große Einsparungen gemacht. Nahezu 100.000 Mark Ersparnis werden mit der Ermäßigung der Kosten für Feuerung bestritten. Das ist bei den Arzten und Verbandsmitgliedern hinsichtlich ihrer Höhe der Zahl der Sanitätswesen und sogenannten Seeförderung.

Mit dem großen Geschrei von der glänzenden Fürsorge für die Soldaten und Matrosen der Republik ist es nicht weit her. Die Landsknechte des deutschen Heeres, die für die Zwecke des amerikanischen Kapitalis ihren Dienst tun, führen ein sorgliches und abgedecktes Leben. Für ihre Fortbildung und für ihre Wohlfahrt hat man recht wenig übrig. Ausnahmen auf der Vorwärtskommen sind gleich Null und nach der Entlassung steht der Soldat oder der Matrose, den man 12 Jahre mit militärischem Klimbim vollgepumpt hat, hilflos da.

Es ist notwendig bei dieser Gelegenheit auf die Einrichtungen in der Roten Armee Sowjetrußlands hinzuweisen. Die Ausbildung der Führer ist ausschließlich aus dem Arbeiter- und Bauernstand hervorgehen erfolgt auf zahlreichen Führerschulen und Akademien. Ferner werden neben den Lehrgängen dieser Schule noch ständig zahlreiche Kurse aller Art von kürzerer Dauer bei den Truppen abgehalten, nicht zu reden von ungeheuren Arbeit der politischen Abteilungen der kommunistischen Zellen und der Zellen in der Armee. Alle diese Einrichtungen kommen in erster Linie den Arbeitern und Bauern, die in der Roten Armee Dienst tun, zugute. Sowjetrußland verwendet seine ganze Fürsorge in jeder Hinsicht auf den gemeinen Soldaten. Das Resultat drückt sich in folgenden Zahlen aus:

Aus den Arbeiter- und Bauernkreisen entstammten von den Führern 88 zum Regimentskommandeur aufwärts 80 Prozent, von den Divisionskommandeuren 43 Prozent, von den höchsten Führern 27 Prozent.

Die Ursache dieses Mißverhältnisses zwischen den Lebensfragen der Soldaten in der deutschen bürgerlichen Armee und der Roten Armee Sowjetrußlands liegt in der Machtfrage. In Deutschland ist der Soldat das Werkzeug der Reaktion, in Rußland ist er ein Glied des durch die Revolution befreiten Arbeiter- und Bauernvolkes.

Italienische Kriegsvorbereitungen.

Die italienische Regierung beschloß die Einsetzung einer Kommission zum Zwecke der „Organisierung der nationalen Verteidigung“. Diese Kommission soll ein internationales Organ sein. Den Vorsitz übernimmt der Ministerpräsident, und zur Kommission gehören der Kriegsminister, der Marine-Minister, der Innen- und der Finanzminister, der Minister für Kolonien, für Volkswirtschaft und für Verkehrswesen, der Reichsschatz als Vizepräsident, die Staatschef des Landheeres und der Marine, der Kommissar für Flugwesen und der Präsident des Komitees zur Vorbereitung der Mobilisierung.

Dieses Komitee soll fernerhin bestehen aus dem Direktor der Banca d'Italia, dem Generaldirektor der verschiedenen staatlichen Verwaltungsdirektionen, den Leitern der großen wirtschaftlichen Organisationen und repräsentativen Persönlichkeiten der Wissenschaft, der Industrie und der Landwirtschaft, die vom Militärpräsidenten ernannt werden sollen. Diesem Komitee wird die Aufgabe zufallen, die Kräfte des Landes für den Fall einer Mobilisierung zu organisieren.

Truppen-Luftzüge und fliegende Boote

„Schwimmer Gazette“ meldet, Truppen-Luftzüge, wobei 200 ausgerüstete Infanteristen mit einer Geschwindigkeit von 100 Meilen in einem Fahrzeug auf Transporter werden können, seien in Vorbereitung. Weiterhin würden für den Marinendienst große fliegende Boote, welche eilige Züge auf See stellen können, gebaut. Das erste derartige Fahrzeug mit einem Marinemotor wird gegenwärtig in Belgien gebaut. Es ist mit Rebellhörnern, Zuchtschiffen, Antern und ähnlichen Gegenständen ausgerüstet und kann mehrere Bomben auf See werfen. Auch neue Typen großer Bombenflugzeuge sind bereits fertiggestellt. Sie fassen vier bis acht Personen und können ohne Landung 2000 Meilen zurücklegen. Sämtliche Luftstreitkräfte werden mit Heilmitteln ausgestattet, wozu ein American-Dring-Top zwecks Ausprobierung eingetroffen ist.

Flottenfieber.

Die Washingtoner Konferenz habe vorgeesehen, daß Frankreich ab 1927 jährlich ein Großkampfschiff von 37.000 Tonnen bauen dürfe. Frankreich habe aber statt dessen die Absicht, zwei Schlachtschiffe von je 17.500 Tonnen zu bauen.

Es wird ferner darauf hingewiesen, daß das französische Bauprogramm an Reboisierern viel größer ist als in irgend einem anderen Land. England baue zur Zeit fünf Zerstörer und sieben Unterseeboote, Amerika neun Unterseeboote, Frankreich dagegen lediglich Zerstörer und dreizehn Unterseeboote. Projiziert seien in England zwei Zerstörer. Das französische Bauprogramm der nächsten Jahre sehe aber den Bau von 41 Zerstörern und 47 Unterseebooten vor. Das französische Programm an Unterwasserfahrzeugen erregt in England besondere Bedenken, seitdem der marine-technische Vertrauensmann von Poincaré, Kapitän Sorb, vor einigen Tagen in einer Zeitschrift auseinandergesetzt hat, daß es möglich sein werde, England mit 150 französischen Unterseebooten zu blockieren und auszuburgern.

„Z. A. III“ schon in der amerikanischen Kriegsmarine.

Brager Presse meldet: „Z. A. III“ (Los Angeles), der bekanntlich der amerikanischen Kriegsmarine übergeben wurde, unternimmt gegenwärtig Übungen mit der amerikanischen Schlachtschiff-Flotte. An den schwedischen Marschall gehörte die Verantwortung des Luftkrieges auf dem Dampfer „Z. A. III“, die erst nach mehrmaligen Testflügen gelang. Die deutschen Patrioten, die behaupteten, Amerika ein „friedliches Verwehrgewehr“ zu schenken, können sich vielleicht dazu äußern.

Das sind die Tatsachen. Ihre politische „Moral“, ihre politische Lehre, die diese Tatsachen bezeugen, das ist — die Gefahr einer Losrennung der administrativen Befugnisse von der Politik, des Sowjetapparates vom Parteiparagrafen, insbesondere der Armee von der Partei. In den letzten Jahren hat die Partei mehr als einmal Tendenzen zu einer ähnlichen Loslösung distanziert und hat sie mehr als einmal verurteilt. Nicht hat unsere Partei (und nicht nur unsere, sondern alle der Kommunisten angehörenden Parteien) die Möglichkeit, die Tendenz in ihrer hervorstechendsten und gefährlichsten Form und an einem Punkte zu hindern, wo sie am gefährlichsten ist. Gerade in militärischen Angelegenheiten wächst diese Tendenz rascher und stärker als auf irgendeinem anderen Gebiete der Verwaltung.

Darum der Rat an die ausländischen Genossen — wenn sie einmal ihre Rote Armee haben werden — den militärischen Dingen mit beiden Augen auf die Finger zu sehen und keinerlei Loslösung der Armee von der Partei zuzulassen.

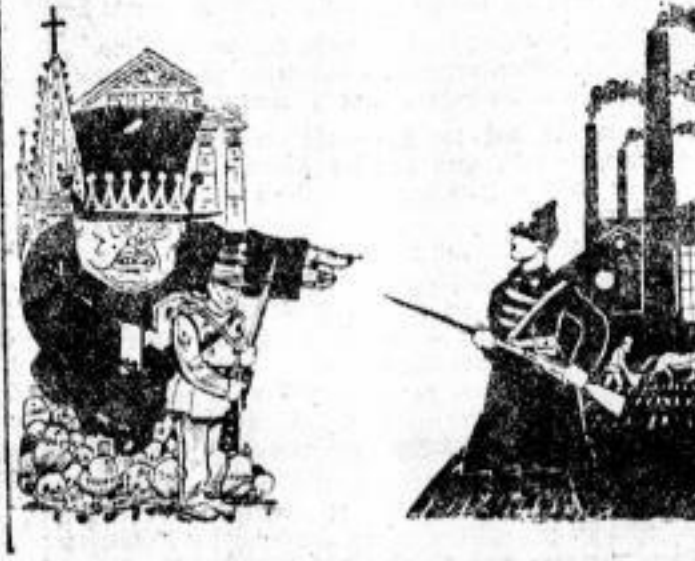
Und auch wir sollen diese Regel nicht vergessen. . . . Wie wir gesehen haben, wächst aus der Loslösung des Marxismus von der militärischen Wissenschaft, der Politik von den militärischen Angelegenheiten nicht nur die Loslösung der politischen Arbeit vom Kommunismus hervor, sondern auch die Loslösung der Armee von der Partei. Nicht zufällig verflechten sich diese drei Tendenzen zu einer einheitlichen Abweichung. Nicht zufällig fällt die politische Bedeutung dieser drei Tendenzen zusammen.

Zwei Konsequenzen: 1. Nicht von Personen, sondern von dem Klassenmäßigen Hintergrund der politischen und sozialen Verhältnisse, Erklärungen, Versprechungen dieser Personen war bei uns die Rede; 2. den § 41 des politischen Statuts ist es höchste Zeit, zusammen mit den „antimarxistischen“ Artikeln des Genossen Trocki jener Abteilung des Archivs unserer Parteifachschriften, über deren Eingang die Aufschrift geschrieben steht:

„Kleinbürgerliche Abweichungen.“

Frankreich: 140 Luftgeschwader ohne „Reservemaschinen“.

(M.S.) London, Antehaus. In Erwiderung auf eine Anfrage sagte General, die Stärke der Luftflotte der Marine und des Heeres und der Kolonialtruppen Frankreichs betraue sich nach den letzten vorliegenden Informationen auf ungefähr 140 Geschwader zu neun Flugzeugen. Diese Zahl umfasse nicht die in Bildung befindlichen neuen Geschwader. Die Zahl der in Europa stationierten betrage 110. Ueber die Zahl der Reservemaschinen lägen keine Nachrichten vor.



Solid Arbeit

Unterdrückte Unterdrückte

Wir alle vom Imperia Böller nicht repulsi

Wir alle und Sozialistischen Volk male Rev

Wir alle perialis Er behält in

Wir alle Revolution in der Welt, ge

Wir alle suchen werde eine revoluzi

Wir alle wird, darum der vorwärts

Wir alle mit, der

Wir alle Seine ewig etwas

Wir alle Und der und Sozial

Wir alle lo verlor o der Febru

Wir alle der Matro Har auszu

Wir alle überall de gabe auf

Wir alle hin, wo u unsere Kie

Wir alle borgegang mählich, d

Wir alle in allgem ihren Ein

Theater am Wasaplatz
 Heute und folgende Tage:
Die ewige Sünde!
 Drama in 3 Akten von C. M. Jacoby
 Beginn Wochentags 8 1/2 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr
 Sings- und Feiertage, 7 1/2 Uhr nachmittags!
Hänsel und Gretel
 Kinderspielen von Henning

Tymians Täglich
Das Thalia- 8 Uhr
 einzige Theater
 wirkliche Theater
Volkstheater Dresdens
 Vorzugskarten außer Sonntags gültig

Auf Kredit
 und Barzahlung
Möbel
 in jeder Ausführung
 Herren- und Wohnzimmer
 Speise- und Schlafzimmer
 Bunte Küchen
 Einz. Möbelstücke
 Beleuchtungs-
 körper, Uhren
 Damen-Herren
 Garderobe
 Wäsche und
 Schuhe
 Leichte
 Zahlungsweise
Fietze
 2 Grunaer Str. 2
 2. Etage
 am
 Wasaplatz

**Herren-
 Garderobe**
MOEBEL
 in bester Ausführung bei
 bequemer
 Teilzahlung
 nur bei
N. Fuchs
 Neumarkt 6
 Eingang im Laden

Gut und billig
Anzüge
 18.50 26.00 32.00 43.00
Konfirmanten-Anzüge
 tadelhaft billig
Arbeitshosen von 3.25 an
Damen-Mäntel
 für Winter, Übergang und Sommer
 5.50 15.00 27.00
Entlassungs- und Konfirmanten-Kleider
 4.50 8.75 12.00 24.50
Blusen und Röcke
 1.50 2.30 4.50 6.00
Ein Posten Stoffreste
 140 cm Br., 1 Anzüge, Kleider u. Mäntel
 Meter von 1.90 an 1855
Textil-Starer
 22! Grunaer Str. 22!
 Hausnummer 22 beachten!

Gemeinschaft proletarischer Frauenklub
 Gruppe Lebau
 Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser
Genosse Ernst Nicker
 Heisterberg Straße 20 verstorben ist.
 Die Beerdigung erfolgt am 18. April, nachmittags
 4 1/2 Uhr, an Krematorium zu Tolkwitz.
 Unser schmerzliche Beileid wird erbeten.
 Die Verwaltung.

Frühjahrs-Angebot
 Übergangs- u. Sommer-Paletots,
 Schwadenmäntel v. 35.00 28.00 20.00
 Anzüge nach Sportart, an eleganten Stoffen 20.00 25.00 30.00
 Kammgarn-Anzüge 65.00 45.00 35.00
 Manchester-Anzüge 35.00 32.00 25.00
 Joppen gute Qualität, Qualität 9.00
 Gummimäntel Ia Qual. 30.00 25.00 20.00
 Pilot- und Stoffhosen 5.00 4.00 3.50
 Manchester-, Court-, Lederhosen 11.00 9.00 7.00
 Windjacken imprägniert 18.00 12.00
 Herren- und Knabenschuhe
 in allen Größen zu billigsten Preisen
 Auch Burschen-, Knaben u. Kinder-
 Garderobe, sowie Berufskleidung
 Oberhemden und Arbeitshemden
 Billig und gut!
 Teilzahlung gestattet! Teilzahlung gestattet!
Neustädter Konfektionshaus
 Dresden-N.
 4 Görlitzer Straße 4
 Am Lyman's Thalia-Theater 1854

Arbeiterstimme
 LEBER!
 Berücksichtigt
 bei Einkäufen die
 Interessen der
 arbeitenden Klassen

**Oberlausitzer
 Bekleidungshaus**
 Prießnitzstraße 27
Arbeits-Westen
 in jeder Ausführung
 Gen. Mayer,
 Ziegelstraße 30, 111.

**3 teiliger
 Schrank**
 Handschellen angebracht,
 ein umschaltbarer Zug,
 billig ab. 1951
Schmelzer
 DRESDEN
 ZIEGELSTR. 19/19

Westend-Theater
 Dresden-Löbtau, Kesselsdorfer Straße 20
 (Zentralbahnverbindung 7, 20, 21)
 Ab Freitag, den 17. April
Wenn du noch eine Mutter hast!
 3 Akte! Ein Drama aus dem Leben 3 Akte!
 Außerdem:
Die Vogelscheuche
 Lustspiel. 1857

Gehen Sie
 nach dem
Kredithaus Kesten
 Welfenstr. 36
 dort erhalten Sie sämtliche
Textil- und Konfektionsartikel
 auf Teilzahlung bei geringer
Zin- und Abzahlung

Lebensmittelhaus
 DRESDEN-LOEBTAU, Kesselsdorfer Str. 15
WILLY WERNER
 Nur beste Qualität!
 Billigste Preise!

Wollen Sie gut und billig kaufen?
 Anzüge in schönen herrlichen Mustern Mk. 50.-, 40.-, 30.-
 Gabardine-Anzüge Mk. 70.-, 60.-, 40.-
 Sport-Anzüge zwei Hosen Mk. 45.-, 50.-, 45.-
 Manchester-Anzüge für Herren und Burschen Mk. 24.-
 Covercoat-Mäntel Mk. 50.-, 40.-, 30.-
 Gummi-Mäntel Mk. 18.-
 Windjacken Mk. 12.-
 Hosen in allen Stoffarten und preiswert von Mk. 4.- an

bei Kesten
 Annenstraße 16, vis-à-vis der Feuerwehr

Gießkannen
 mit Eisenfuß,
 dopp. Dübel,
 grün lackiert
 Inhalt ca. 7 1/2 9 10 Ltr.
 M. 3.00 3.50 3.75
Blumengießkannen, ca. 1 Ltr., 1.50.
Kaufhaus
Reiner
 Heidenau-Nord
 Bahnhofstraße 10.

Licht-Luftbadegesellschaft Heidenau e. G. m. b. H.
 Heidenau.
 Donnerstag, den 18. April, abends 7 Uhr im Licht-Luftbad
5. ordentliche Generalversammlung
 Tagesordnung:
 1. Vorlegung des Geschäftsberichts, der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung, 2. Bericht der Revisoren, 3. Genehmigung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung, 4. Entlastung des Vorstandes, 5. Ergänzungswahl für den Aufsichtsrat, 6. Erträge, 7. Abrechnung.
 Die Bilanz zeigt Gewinn und Verlustrechnung liegen in der Zeit vom 1. bis zum 31. April beim Bademeister im Luftbad zur Einsicht aus. Anträge sind bis zum 25. April beim Vorsitzenden des Aufsichtsrates Herrn A. Ehrhardt, Gartenstraße 6 einzureichen. Das Mitgliedbuch legitimiert zur Teilnahme an der Versammlung.
 Der Vorsitzende: Arthur Ehrhardt Der Vorstand: Max Grahl, Oskar Wagner

Preiswerte Qualitätsware
Bettwäsche
 Stangenleinen, 1 Bezug, 2 Kissen, gute erprobte süddeutsche Ware 14.50
 Linon, pa. Qual., 1 Bezug, 2 Kissen, richtige Breite und Länge 11.50
 Linon, pa. Qual., 1 Bezug, 2 Kissen, sauber angefertigt, Bezug mit Naht 9.00
 Damast, gute Qual., 1 Bezug, 2 Kissen, genäht, mit Knöpfchen und Knöpfen 15.50
 Uberschlaglaken, 180/250, mit schönen Stickereien 9.50
 Betttücher, 150/225 8.40 5.80 4.00
 Handtücher, Tischtücher, Servietten
 Inlette, nur beste Qualitäten in großer Auswahl
Wäsche-König
 1. Stock Breite Straße 3 1. Stock

Spottbillige Bettwäsche
 Bettbezüge mit Kissen in 2 Meter lang 5.10
 Bettbezüge mit Kissen in 2 Meter lang mit 2 Meter lang 6.50
 Bettbezüge mit Kissen in 2 Meter lang mit 2 Meter lang 7.00
 Betttücher große Anzahl von 2.70 an
 Betttücher in 2 Meter lang, 2.70 an
 Inletts 19.00 und 8.00
 Betttücher 2.50 an
 Handtücher 0.40 an

Leibwäsche
 Damenhemden von 0.95 an
 Hosen von 1.25 an
 Nachthemden von 2.70 an
 Garnitur, 2 Stück von 3.10 an
 Untertailen von 0.75 an
 Hemdhosen von 2.40 an
 Bruchhose von 2.70 an
 Damenthemden von 2.10 an
 Damenthemden von 2.50 an
 Strümpfe in Linon, Damast, Stangenleinen, Hemdenuch, Kettel, Strümpfen und Darchen enorm billig.

Textil-Starer
 22 Grunaer Str. 22
 Laden - Souvenirmuseum 22 beachten!
 Billigste Preisquelle f. Wiederverkäufer

Zittau Möbel
 Spiegel und Polsterwaren jeder Art auch gegen bequeme Teilzahlung
 1943 kaufen Sie am vorteilhaftesten im
Rosenbaum
 Zittau
 Innere Oyblner Str. 6
 Kredit auch nach auswärtig

Bruno Köper, Freital-Poischappel
 Untere Dresdner Str. 108
 Neuheiten in
Wollhüten
 650 8-9-10-
 Flieger- u. Kieler-Mützen v. 2.50 h. 6-
 Sportmützen v. 1.50 h. 5-
 Spezialität: Garbardenmützen leicht und modern.

Fleischerei Emil Mensch, Freital.
 Engländer feine Fleisch- und Wurstwaren zu billigsten Preisen. 1874

Prima Saalkartoffeln
 (Sonderware)
 Original-Industrie, Kaiserkrone, Rote Rosen, Kuckuck, Odenwalder Blau, Fürstkrone, Up-to-date, Centifolia, Weltwunder, Pirola, Peps, Waltmann, Parnassia / Futter- u. Dängemittel, Kohlen und Briketts offerieren:

Kästner & Michael HAINSBURG
 Telefon: Freital 262

Kaffee
 stets frisch gebrüht
 Pfg. 60 - 130 Pfg.
Hellmuth Pils
 (vordem Sorge)
Freital-Po.
 Unt. Dresdner Str. 60
 (neben der Apotheke)

Fleisch- und Wurstwaren
 empfiehlt billigst
Oswald Walther, Brand-Erbisdorf

Alle Fleisch- u. Wurstwaren
 empfiehlt billigst
Karl Furke, Brand-Erbisdorf

Emil Trübenbach
 Brand-Erbisdorf
Eisenwaren :: Werkzeuge Haus- und Küchengeräte

Modehaus Emil Neuberger
 Freiberg, Erbische Str. / Fischerstr.
 Größtes Spezialgeschäft für Damen- u. Mädchenbekleidung.
 Täglich Eingang von Neuheiten. 187

Fleisch- und Wurstwaren
 empfiehlt billigst
Mag Trinks
 Freiberg, Tischstr. 24 183

Palast Theater
 KOTZSCHENBRODA
 Freitag, den 17. bis Montag den 20. April
 Freitag u. Sonnabend 8 u. 5 Uhr - Sonntag 1, 6 u. 8 Uhr - Montag 8 Uhr
Deutsche Helden in schwerer Zeit
 Ein Film von Deutschlands Niedergang und Auferstehung in 10 Akten
 Premier: Die Daulig-Wochenschau Nr. 11
 Sonntag nachmittags 4 Uhr: Große Kindervorstellung

Tageszeitung
 enthält in
 Dresden-LL. 6
 monatlich
 1. Jahrgang

Di
Der

A. M. I
 mit ihren P
 Millionen
 Diese S
 Lida: sie
 kein W
 verhältnis
 die SPD. H
 daß die de
 Partei ihre
 als zu dem.
 kann: Simp
 Denn ni
 von der Sch
 treiben dir
 SPD. Oppo
 naiven Anst
 kapitalistis
 Frank, die ü
 So plun
 hat er wied
 Meinen im
 fieder zu
 Braun.
 Die Sp
 gener über
 regelmäßig

Wie der
 Doch h
 einen realer
 sage" Höpfe
 gannen wo
 Vandamann
 Hauptrolle
 Der W
 den; doch u
 der Nicht
 hängt davon
 Einige
 Braun in
 Kabinett i
 und, wie d
 und Severi
 verflochten
 Doch u
 damit in
 und in d
 Minister u
 Hierüb
 erwählten
 genügend
 mit effizie
 Und u
 Millionen
 die gewo
 kann auch
 republikan
 für die S
 verheirat
 Eike. Et
 der Heter
 ledigen vif

Aber
 die eriten
 Unter
 Präsident
 terium.
 Dafü
 ich und i
 Mal nich
 werden d
 surften
 wofür der
 den Erw
 wählen.
 Aber
 kann nich
 ihn dazu
 bläner
 Jahre fe
 demotrat
 Samlet-2